



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 16. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Kreistages
am 18.12.2009
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsvorsitzender Abg. Reinhard Brünjes
Landrat Hermann Luttmann
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Renate Bassen
Abg. Angela van Beek
Abg. Henri Blanken bis 12.25 Uhr
Abg. Marcus Blanken
Abg. Ralf Borngräber
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Doris Brandt bis 12.35 Uhr
Abg. Hedda Braunsburger
Abg. Günter Brunkhorst
Abg. Rüdiger Bruns
Abg. Reinhard Bussenius
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Detlef Cordes
Abg. Dirk Detjen
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Hans-Heinrich Ehlen bis 12.30 Uhr
Abg. Hans-Hermann Engelken
Abg. Dr. Hein-Arne zum Felde
Abg. Reinhard Frick
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg. Barbara Frömming
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Heinz-Dieter Gebers
Abg. Hans-Klaus Genter-Mickley
Abg. Ingrid Grimm
Abg. Ute Gudella-de Graaf
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Hans-Joachim Jaap
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Karl-Hans Keller
Abg. Lühr Klee ab 9.45 Uhr

Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Hartmut Leefers
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Jan-Christoph Oetjen
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Petersen
Abg. Karlheinz Poredda
Abg. Marc Reuter
Abg. Claus Riebesehl
Abg. Helmut Ringe
Abg. Jürgen Rudolph bis 12.30 Uhr
Abg. Christian Sonnenwald bis 12.25 Uhr
Abg. Detlef Steppat
Abg. Elke Twesten
Abg. Bernd Wölbern

Verwaltung

Erster KR Dr. Torsten Lühring
KR Sven Höhl
KVD Markus Pragal
KOAR Gerd Fricke
VA Jochen Twiefel

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Hans-Jürgen Krahn
Abg. Reinhard Trau
Abg. Manfred Wernecke

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten gemäß § 39 NLO und Pflichtenbelehrung gemäß § 23 NLO
Vorlage: 2006-11/0853
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 22.10.2009
- 5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- 6 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 7 Umbildung von Ausschüssen und Gremien
Vorlage: 2006-11/0854

- 8** Berufung von Schülervertreterinnen und Schülervertretern für den Schulausschuss
Vorlage: 2006-11/0843
- 9** Berufung der ehrenamtlichen Richter bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit
Vorlage: 2006-11/0827
- 10** Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade für die Amtszeit vom 12.08.2010 bis zum 11.08.2015; hier: Wahl der Wahlbevollmächtigten
Vorlage: 2006-11/0830
- 11** Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0817
- 12** Antrag der EVB auf Übernahme eines pauschalen Kostenanteils von 17.000,- EUR für Investitionsmaßnahmen auf der Strecke des Moorexpress
Vorlage: 2006-11/0820
- 13** ÖPNV-Finanzierung im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2006-11/0844
- 14** 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallentsorgungssatzung)
Vorlage: 2006-11/0808
- 15** 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung)
Vorlage: 2006-11/0809
- 16** Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2010 und Stellenplan 2010
Vorlage: 2006-11/0847
- 17** Haushaltsüberschreitungen
- 17.1** Einzelentscheidung; hier: Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung) - Investition "Breitbandausbau"
Vorlage: 2006-11/0850
- 17.2** Einzelentscheidung; hier: Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) Produkt 61.2.01 (Sonstige Finanzwirtschaft) - Gewährung eines Darlehens an den Betrieb Rettungsdienst-
Vorlage: 2006-11/0791
- 17.3** Unterrichtung; hier: Teilhaushalt 5 - Jugend und Sport, Produkt 36.3.03; Transferaufwendungen und -auszahlungen
Vorlage: 2006-11/0785
- 17.4** Unterrichtung; hier: Teilhaushalt 5 - Jugend und Sport, Produkt 36.3.03, Transferaufwendungen und -auszahlungen, Teilhaushalt 3 - Schule und Kultur, Produkt 23.1.03, Investition (Ersatz Kühlhaus)
Vorlage: 2006-11/0848
- 18** 3. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten
Vorlage: 2006-11/0807

- 19 Verkauf der ehemaligen Deponieflächen in Haaßel
Vorlage: 2006-11/0841
- 20 Ernennung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters
Vorlage: 2006-11/0842
- 21 Einbindung der Juleica in das Vergünstigungssystem der Ehrenamtskarte (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.11.2009)
Vorlage: 2006-11/0838
- 22 Einrichtung einer IGS am Standort Bothel; Antrag der Kreistagsabgeordneten Barbara Frömming und Karl-Hans Keller (SPD) vom 17.11.2009
- 23 Anfragen
- 24 Einwohnerfragestunde

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Kreistagsvorsitzender Brünjes eröffnet die Sitzung um 9.00 Uhr und stellt fest, dass der Kreistag nach ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Die Abgeordneten Krahn, Trau und Wernecke fehlen entschuldigt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes begrüßt die Zuhörer, namentlich die Schüler und Schülerinnen einer Verwaltungsklasse der Berufsbildenden Schulen Zeven, die Vertreter der Presse und der Verwaltung.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf den an die Abgeordneten verteilten aktuellen Urlaubskatalog des TouROW hin.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, die als Tagesordnungspunkt 6 der heutigen Sitzung vorgesehene „Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten und Pflichtenbelehrung“ solle vorgezogen und als neuer Punkt 3 der Tagesordnung behandelt werden.

Zum Tagesordnungspunkt 17.4 „Haushaltsüberschreitungen – Unterrichtung“ sei den Abgeordneten eine um eine Eilentscheidung des Kreisausschusses aus der Sitzung vom 10.12.2009 aktualisierte Mitteilungsvorlage auf den Tisch gelegt worden.

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist darauf hin, dass der Kreisausschuss sich in seiner Sitzung am 10.12.2009 darauf verständigt habe, den Tagesordnungspunkt 20 der heutigen Kreistagssitzung „Ernennung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters“ in plattdeutscher Sprache zu behandeln.

Anschließend wird die Tagesordnung einstimmig in der vorstehenden neuen Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Verpflichtung eines Kreistagsabgeordneten gemäß § 39 NLO und Pflichtenbelehrung gemäß § 23 NLO**
Vorlage: 2006-11/0853

Landrat Luttmann weist den nach dem Tod des Kreistagsabgeordneten Lütje Burfeindt in den Kreistag nachgerückten Kreistagsabgeordneten Detlef Cordes, Gnarrenburg-Glinstedt, auf die ihm nach den §§ 20 bis 22 NLO obliegenden Pflichten hin. Anschließend wird der Abg. Cordes von **Landrat Luttmann** förmlich verpflichtet, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten. Die Verpflichtung wird durch Handschlag bekräftigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 22.10.2009**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 15. Sitzung des Kreistages am 22.10.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	3

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses**

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

Seit der letzten Kreistagssitzung am 22.10.2009 sei der Kreisausschuss am 10.12.2009 zu einer Sitzung zusammengetreten. Neben Vergabe-, Vertrags- und Personalangelegenheiten seien im wesentlichen Empfehlungen für die heutige Kreistagssitzung beschlossen worden. Es seien folgende Beschlüsse von allgemeiner Bedeutung gefasst worden:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) stimme den Anträgen der Samtgemeinde Sittensen auf Aufhebung der Haupt- und Realschule Sittensen zum Schuljahr 2010/11 (auslaufend beginnend, zeitgleich mit der Errichtung der KGS) und Befreiung von der Pflicht zur Fortführung der bestehenden Haupt- und Realschule neben der Kooperativen Gesamtschule sowie der Übertragung der Schulträgerschaft für die neu zu errichtende KGS auf die Samtgemeinde zu.
2. Die Kreisverwaltung werde beauftragt, Vorschläge zur Umsetzung des Schutzengel-Projektes zu erarbeiten. Bestehende Projekte sollten hierzu als Vorbild gelten. Junge Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren könnten vom Landrat zu Schutzengeln ernannt werden.
3. Dem vorgelegten Konzept des Landkreises Rotenburg (Wümme) zur Einrichtung eines Pflegestützpunktes im Landkreis Rotenburg (Wümme) werde zugestimmt. Die Planung sehe vor, dass der Landkreis künftig einen Pflegestützpunkt mit zwei Anlaufstellen, jeweils im Gesundheitsamt Rotenburg (Wümme) und Bremervörde, betreibe. Vorgesehen sei, die personellen und organisatorischen Ressourcen der Seniorenberatung „RoSe“ zu nutzen.

4. Den Firmen Remondis GmbH & Co. KG, Recycling-Zentrum Stade GmbH und Oetjen Rohstoffhandel GmbH (außerhalb des bestehenden Entsorgungsvertrages) werde die Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen aus privaten Haushaltungen untersagt. Sie sei bis zum 31.12.2011 einzustellen.
5. Das von Herrn Dr. Kment (Universität Münster) erstellte Rechtsgutachten zur Y-Trasse werde dem Nieders. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung vorgelegt. Das Ministerium werde gebeten, zur Behebung von Fehlern bei der Festlegung der Y-Trasse im Landes-Raumordnungsprogramm ein ergänzendes Verfahren durchzuführen und dabei zu prüfen, ob Alternativen vorhanden seien.

Vorbehaltlich der Bereitstellung von Haushaltsmitteln im Haushaltsplan 2010 durch den Kreistag habe der Kreisausschuss am 10.12.2009 folgende Beschlüsse gefasst:

6. Die Schulträger würden die in der Anlage aufgeführten Zuwendungen aus der Kreis-schulbaukasse für die notwendigen Schulbaukosten erhalten. Von den zwischenzeitlich endabgerechneten Maßnahmen werde Kenntnis genommen.
7. Dem Konzept zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur sowie der Übernahme eines Kostenanteils von 1/3 (ca. 4 Millionen Euro) durch den Landkreis an der über eine Ausschreibung zu ermittelnden Wirtschaftlichkeitslücke werde zugestimmt. Für den Haushalt 2010 würden dafür 1 Million Euro als Investitionszuweisung sowie 3 Millionen Euro an Verpflichtungsermächtigung im Produkt Wirtschaftsförderung (57.1.01) bereitgestellt.
8. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) setze die Beteiligung an der Hamburg Marketing GmbH für zunächst zwei weitere Jahre, bis 31.08.2011 fort. Als Kostenbeitrag zahle der Landkreis im Januar 2010 und Januar 2011 für die Zeiträume September 2009 – August 2010 sowie September 2010 – August 2011 jeweils weitere 10.000,00 € an die Hamburg Marketing GmbH.
9. Dem Kulturverein cultimo e.V. werde für Projekte des Jahres 2010 als kulturelle Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung ein Zuschuss in Höhe von 50 % des nachgewiesenen Defizits gewährt, jedoch nicht mehr als 3.000 Euro oder die verbleibende Beteiligung der Gemeinde Gnarrenburg.
10. Der Stiftung Lager Sandbostel werde für die Errichtung einer Dokumentationsstätte ein Zuschuss in Höhe von 150.000 Euro – jeweils 50.000 Euro in den Jahren 2010, 2011 und 2012 – gewährt. Einer 50-prozentigen Beteiligung an den Personalkosten eines Gedenkstättenleiters in Höhe von jährlich rund 50.000 Euro ab dem Jahr 2013 werde zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Der **Landrat** berichtet wie folgt:

1. Die E.ON Gas Storage GmbH habe beim Niedersächsischen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie einen Antrag auf Erlaubnis für die Untersuchung der unterirdischen Gesteinsformationen zur dauerhaften Lagerung von CO₂ im Gebiet zwischen Gnarrenburg und Tostedt gestellt. Hierzu habe der Landkreis eine Stellungnahme abgegeben, über die im Kreisausschuss am 06.08.2009 berichtet worden sei. Nunmehr sei vom Präsidenten des Landesamtes mitgeteilt worden, dass er sich mit E.ON Gas Storage darauf geeinigt habe, den Antrag ruhen zu lassen, bis die gesetzlichen Bestimmungen vorliegen würden. Das Gesetz zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhaften Spei-

Ausschuss für Gesundheit, Senioren und Soziales:

Mitglied: Abg. Cordes, Gnarrenburg-Glinstedt (für Abg. Dr. zum Felde)

Ausschuss für Ortsgestaltung:

Mitglied: Abg. Cordes, Gnarrenburg-Glinstedt (für Abg. Burfeindt)

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung

Mitglied: Abg. Cordes, Gnarrenburg-Glinstedt (für Abg. Frick)

Grundstücksverkehrsausschuss:

Mitglied: Abg. Trau, Stammen (für Abg. Burfeindt)

Stellv. Mitglied: Abg. Leefers, Waffensen (für Abg. Trau)

Schulausschuss:

Mitglied: Abg. Frick, Scheeßel (für Abg. Trau)

Kuratorium der Stiftung Naturschutz

Mitglied: Abg. Cordes, Gnarrenburg-Glinstedt (für Abg. Burfeindt)

Kuratorium für Einrichtungen der OsteMed Kliniken und Pflege GmbH

Mitglied mit beratender Stimme: Herr Andreas Beneke, Rhade (für Herrn Klaus-Peter Viehweger)

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 51
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Berufung von Schülervertreterinnen und Schülervertretern für den Schulausschuss**
Vorlage: 2006-11/0843

Abg. Wölbern erklärt, er werde an der Abstimmung nicht teilnehmen.

Beschluss:

Als Schülervertreter werden in den Schulausschuss berufen:

Allgemeinbildende Schulen

Mitglied	Marcel Gausmann, Westenberg 30, 27432 Bremervörde-Elm
Ersatzmitglied	Tillmann Hauenstein, An der Ramme 3, 27419 Wohnste

Berufsbildende Schulen

Mitglied	Leon Jannedy, Wallbergstr. 16, 27356 Rotenburg (Wümme)
----------	--

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 50
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Berufung der ehrenamtlichen Richter bei den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit**
Vorlage: 2006-11/0827

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, der Kreisausschuss habe sich in seiner Sitzung am 10.12.2009 mit der Angelegenheit befasst. Dabei seien auf den Vorschlag der CDU/FDP-Gruppe, Abg. Bargfrede, Rotenburg, 7 Ja-Stimmen, und auf den Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion, Abg. Brandt, Bremervörde-Hesedorf, 4 Ja-Stimmen entfallen. Er weist darauf hin, dass für die Aufnahme in die Vorschlagsliste die Zustimmung von 2/3 der anwesenden Mitglieder des Kreistages, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich sei.

Abg. Wölbern erklärt, die SPD-Kreistagsfraktion schlage die Abg. Brandt zur Aufnahme in die Vorschlagsliste vor.

Für die CDU/FDP-Gruppe schlägt **Abg. Holsten** den Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales, Abg. Bargfrede, zur Aufnahme in die Vorschlagsliste vor.

Zur Vorbereitung des notwendigen Wahlvorganges wird die Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt unterbrochen und nach der Beratung zu Tagesordnungspunkt 11 fortgesetzt.

Nach erfolgtem Wahlvorgang bestimmt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die Abg. Kackmann und Kullik zu Stimmzählern.

Nach Auszählung der Stimmzettel gibt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** das Ergebnis bekannt. Für den Abg. Bargfrede seien 31 Ja-Stimmen abgegeben worden, die Abg. Brandt habe 21 Ja-Stimmen erhalten.

Kreistagsvorsitzender Brünjes erklärt, damit sei der Abg. Bargfrede zur Aufnahme in die Vorschlagsliste gewählt.

Abg. Wölbern weist darauf hin, dass der Abg. Bargfrede nach seiner Auffassung bei der Wahl nicht die nach § 28 VwGO erforderliche Stimmenmehrheit erhalten habe.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter beim Verwaltungsgericht Stade für die Amtszeit vom 12.08.2010 bis zum 11.08.2015; hier: Wahl der Wahlbevollmächtigten**
Vorlage: 2006-11/0830

Abg. Bargfrede erklärt, die CDU/FDP-Gruppe schlage den Abg. Brünjes, Bremervörde-Hönau-Lindorf, als Wahlbevollmächtigten und den Abg. Dreyer, Hassendorf, als Vertreter vor.

Vor dem Wahlvorgang übergibt **Kreistagsvorsitzender Brünjes** die Sitzungsleitung an die **1. stellv. Kreistagsvorsitzende van Beek**.

Beschluss:

Als Wahlbevollmächtigter für die Neuwahl der Vertrauensleute beim Verwaltungsgericht Stade wird Abg. Reinhard Brünjes, Bremervörde-Hönau-Lindorf gewählt.

Als Vertreter wird Abg. Klaus Dreyer, Hassendorf, gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 50
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Kreistagsvorsitzender Brünjes übernimmt den Vorsitz.

Punkt 11 der Tagesordnung: **Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis Rothenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0817

Abg. Leefers bezeichnet die Weiterentwicklung der Schulstruktur im Landkreis als eine wichtige Angelegenheit für alle Beteiligten. Es sei deshalb verständlich, dass sich viele Eltern in diesem Bereich in Initiativen engagieren würden. Bei den zum Teil unterschiedlichen Auffassungen dürfe man das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verlieren. Er äußert Respekt für den von den Abg. Frömming und Keller gestellten Antrag zur Einrichtung einer IGS am Standort Bothel. Weil eine Dringlichkeit dieses Antrages bei der Beratung im Schulausschuss nicht mit der notwendigen Mehrheit festgestellt werden können, hätten damals einige Zuhörer enttäuscht die Sitzung verlassen. Der CDU/FDP-Gruppe sei stets ein Konsens wichtig gewesen. Bei der Beratung in der Arbeitsgruppe habe in nur einer Sitzung eine Einigung erzielt werden können. Dies sei auch wegen der guten Vorbereitung durch den Abg. Bruns und Ersten Kreisrat Dr. Lühring möglich gewesen. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag trete der Kreistag gemeinsam für den Erhalt der wohnortnahen Schulstandorte und die Möglichkeit für alle Jugendlichen, nach dem Besuch dieser Schulen jeden Schulabschluss zu erwerben, ein. Weiter werde eine integrative Verschmelzung von Haupt- und Realschulen im Sinne einer Sekundarschule, eine Reduzierung der geforderten Mindestzügigkeit für neu zu gründende Gesamtschulen und eine Freistellung bei der Schulentwicklungsplanung gefordert.

Abg. Bruns führt aus, der vorliegende Beschlussvorschlag sei das Ergebnis der Beratung in der Arbeitsgruppe, nachdem es im Schulausschuss eine kontroverse Diskussion gegeben habe. Grundlage für den Beschlussvorschlag seien die Vorschläge der Verwaltung sowie die Anträge der SPD-Kreistagsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewesen. Es sei in der Arbeitsgruppe gelungen, diese in einem Kompromiss zusammen zu fügen. Die Punkte 1. bis 3. würden sich weitgehend an den Vorschlägen der Verwaltung orientieren. Punkt 4. beinhalte weitgehend den Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Dies sei möglich geworden, weil die Grundzüge des Verwaltungsvorschlages es ermöglicht hätten, die Vorstellungen der SPD und der GRÜNEN einzufügen. Der Beschluss enthalte die Forderung, eine Sekundarschule durch eine Verschmelzung von Haupt- und Realschule wie in Oerel zu ermöglichen und die Hürden für die Einrichtung neuer Gesamtschulen zu senken. Der ländliche Raum brauche hier eine 3-Zügigkeit, auch aus finanziellen Gründen. Das geforderte integrative System beziehe sich nur auf den Sekundarbereich I, der Oberstufenbereich müsse gesondert bedacht werden. Die bestehenden Gymnasien sollten nicht gefährdet werden, er hoffe sogar auf eine gewisse Entlastung durch die neuen Schulformen im Hinblick auf den weiterhin freien Elternwillen. Wenn das Land „mitspiele“ werde der Landkreis eine gemeinsame Schule vorantreiben.

Abg. Oetjen schließt sich den Ausführungen des Abg. Bruns mit einem Dank an die Mitglieder der Arbeitsgruppe weitgehend an. Alle Beteiligten seien Kompromissbereit gewesen. Trotz zurückgehender Schülerzahlen sollten wohnortnahe Schulangebote erhalten und dabei bestehende gymnasiale Standorte nicht gefährdet werden. Das dreigliedrige Schulsystem solle im Landkreis beibehalten und durch neue Gesamtschulen ergänzt werden. Eine stärkere Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen, als bisher vom Land vorgesehen sei, solle zugelassen werden. Außerdem solle die geforderte Mindestzügigkeit für die Einrichtung neuer Gesamtschulen gesenkt und die Absicherung der Schülerzahlen von 14 auf 10 Jahre verkürzt werden. Eine 3-Zügigkeit sehe er zwar kritisch, er bitte aber um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Abg. Klee nimmt ab 9.45 Uhr an der Sitzung teil.

Abg. Twesten erklärt, der Landkreis Rotenburg sei gewillt, dem Wunsch vieler Eltern nach Gesamtschulen zu entsprechen. Dem stehe allerdings die vom Landesgesetzgeber geforderte Mindestzügigkeit entgegen. In der Arbeitsgruppe sei ein tragfähiger Kompromiss erarbeitet worden. Es müsse alles getan werden, um eine moderne Entwicklung im Landkreis voranzubringen. Angesichts der demographischen Entwicklung werde es immer schwieriger, ein flächendeckendes schulisches Angebot zu erhalten. Sie werde dem Kompromiss zustimmen, weil dies ein guter Hinweis auf die Probleme sei, die den Landkreis immer weiter begleiten würden. Der Prozess der Entwicklung der Schulstruktur sei noch nicht abgeschlossen. Sie wiederhole ihren Appell, den Norden und Süden des Kreisgebietes nicht ausbluten zu lassen. Die Eltern würden Gesamtschulen wollen.

Abg. Steppat ist froh, dass in der Arbeitsgruppe eine gemeinsame Resolution erarbeitet werden konnte. Damit solle das Land zum Handeln aufgefordert werden. Es liege auch an den im Landtag vertretenen Kreistagsabgeordneten, dafür einzutreten, dass die Forderungen umgesetzt würden.

Beschluss:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) tritt ein für
 - a) den Erhalt der wohnortnahen Schulstandorte, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen,
 - b) die Chance für alle Jugendlichen, nach dem Besuch dieser Schulen jeden Schulabschluss zu erwerben, sowie
 - c) ein hohes Maß an Eigenverantwortlichkeit für die Schulen und die Schulträger, vor Ort die geeignete Schulform nach dem gegliederten Schulsystem oder als Gesamtschule zu finden und sie mit Leben zu füllen.
2. Die kreisweite Elternbefragung nach vorheriger Meinungsbildung in den Gemeinderäten hat gezeigt, dass es in mehreren Gemeinden des Kreises ein Bedürfnis nach wohnortnahen Gesamtschulen gibt, in einer Samtgemeinde nach einer „Gemeinsamen Schule“ mit Verschmelzung von Haupt- und Realschulzweig. Dabei geht es auch darum, die teilweise sehr niedrigen Gymnasialquoten zu erhöhen.
3. Die kommunalen Schulträger müssen deshalb mit dem Niedersächsischen Schulgesetz und darauf basierenden Verordnungen die Möglichkeit erhalten, ihre Haupt- und Realschule im Sinne einer Sekundarschule zu verschmelzen oder zu einer Gesamtschule aufzustocken. Der Landkreis will die Schulentwicklungsplanung in diesem Sinne vorantreiben, ohne die Gymnasien in Frage zu stellen.
4. Deshalb fordert der Kreistag den Landtag und die niedersächsische Landesregierung auf,
 - a) die integrative Verschmelzung von Haupt- und Realschulen im Sinne einer Sekundarschule zu ermöglichen,
 - b) die Mindestzügigkeit neu zu gründender (Mittelstufen-) Gesamtschulen auf 4 Züge - in begründeten Ausnahmefällen auf 3 Züge - zu reduzieren und die Absicherung der Schülerzahlen von 14 Jahren auf 10 Jahre zu verkürzen,
 - c) es den Landkreisen bezüglich der Schulentwicklungsplanung frei zu stellen, an welchen Standorten Haupt- und/oder Realschulen aufrechterhalten werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	51
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 12 der Tagesordnung: **Antrag der EVB auf Übernahme eines pauschalen Kostenanteils von 17.000,- EUR für Investitionsmaßnahmen auf der Strecke des Moorexpress**
Vorlage: 2006-11/0820

Beschluss:

1.) Der Landkreis übernimmt im Produkt „Tourismus“ (57.5.01) den pauschalen Kostenanteil zur Finanzierung von Investitionen entlang der Moorexpress-Strecke im Jahre 2009 in Höhe von 17.000,00 EUR.

2.) Der pauschale Kostenanteil zur Finanzierung von Investitionen entlang der Moorexpress-Strecke im Jahr 2010 in Höhe von 17.000,00 EUR wird im Haushalt 2010 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 13 der Tagesordnung: **ÖPNV-Finanzierung im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2006-11/0844

Abg. Bussenius führt aus, bei der Beratung über den Nahverkehrsplan vor einem Jahr im Kreistag habe er noch moniert, dass keine Fristen z. B. für die Einführung eines HVV-Übergangstarifes genannt worden seien. Jetzt solle dies zum 01.04.2010 fast Realität werden. Dies bezeichnet er als eine tolle Arbeit der Verwaltung und anderer beteiligter Stellen. Es frage sich aber, warum dieses erst jetzt realisiert werde. In Zukunft müsse der Landkreis verstärkt eigene Anstrengungen im Bereich ÖPNV unternehmen. Dieser werde immer mehr an Bedeutung gewinnen, weil die Bevölkerung über weniger Geld verfügen werde sowie wegen der zunehmenden Energieknappheit und des Umweltschutzes. Den neuen Freizeittarif in VBN-Gebieten bezeichnet er als positiv. Leider werde dieser nicht im gesamten Landkreis angeboten, woran gearbeitet werden müsse. Auch die Busverbindungen wie der Oste-Sprinter und die Schnellbuslinien Zeven-Bremen und Gnarrenburg-Bremen könnten noch optimiert werden. Er habe den Traum eines Schienen-Personenverkehrs auf der Strecke Bremervörde-Rotenburg. Der ÖPNV im Landkreis müsse weiter verstärkt werden.

Abg. Graf von Bothmer erklärt, die Angelegenheit sei ausführlich im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr behandelt worden. Er weist darauf hin, dass die Kosten für den HVV-Übergangstarif künftig zu 50 % vom Landkreis und zu 50 % von den Gemeinden getragen werden sollen. Über die Verteilung auf Gemeindeebene sei noch kein Beschluss gefasst worden.

Beschluss:

Den nachfolgend genannten Anträgen auf Gewährung von Kreiszuschüssen zur Förderung des ÖPNV

- Antrag der Stadt Rotenburg (Wümme) - stellvertretend für die im ZVBN assoziierten Samt- und Einheitsgemeinden im Landkreis Rotenburg (Wümme) - vom 02.07.2009 auf Weiterführung der Erstattung der Assoziierungskosten durch den Landkreis,

- Gemeinschaftsantrag der Samtgemeinden Selsingen und Zeven vom 02.07.2009 auf Weitergewährung des Kreiszuschusses zur Verbesserung der ÖPVN-Anbindung der Kaserne Seedorf durch die Linie 762,
- Anträge der Samtgemeinde Sittensen vom 25.06.2009 und der Samtgemeinde Zeven vom 23.06.2009 auf Weitergewährung des Kreiszuschusses zu den Kosten der Schnellbuslinie 3860 OsteSprinter (Zeven - Sittensen - Tostedt),
- Gemeinschaftsantrag der Samtgemeinden Tarmstedt und Zeven vom 30.06.2009 auf Weitergewährung des Kreiszuschusses zu den Kosten der Schnellbuslinie 630 (Zeven - Tarmstedt - Bremen),
- Antrag der Gemeinde Gnarrenburg vom 19.08.2009 (mit Ergänzung vom 29.10.2009) auf Weitergewährung des Kreiszuschusses zu den Kosten der Schnellbuslinie 670 (Gnarrenburg - Bremen),

wird zu den aus der beigefügten Tabelle ersichtlichen Anteilen (zunächst längstens bis zum 31.12.2012) entsprochen. Grundlage einer Mittelgewährung ist die Zustimmung der jeweiligen (Samt-) Gemeinde zu dem dargestellten Gesamtfinanzierungskonzept.

Eine Entscheidung über die Anträge

- der Samtgemeinde Fintel vom 14.08.2009 auf Gewährung eines Kreiszuschusses zu den Kosten eines für das Jahr 2010 geplanten Angebots eines Anrufsammeltaxis für den Bereich der Samtgemeinde Fintel,
- der Stadt Rotenburg (Wümme) vom 03.09.2009 auf Gewährung eines Kreiszuschusses zu den Kosten eines für das Jahr 2010 geplanten Stadtbussystems für den Bereich der Stadt Rotenburg (beantragter Kreiszuschuss: 50.000 € pro Jahr),

wird zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 14 der Tagesordnung: **5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallentsorgungssatzung)**
Vorlage: 2006-11/0808

Beschluss

Die im Entwurf vorliegende 5. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 15 der Tagesordnung: **6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) (Abfallgebührensatzung)**
Vorlage: 2006-11/0809

Beschluss:

Die im Entwurf vorliegende 6. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung im Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	52
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 16 der Tagesordnung: **Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2010 und Stellenplan 2010**
Vorlage: 2006-11/0847

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die vorangegangene Beratung in den Fachausschüssen und im Kreisausschuss hin. Den Abgeordneten seien eine aktualisierte Haushaltssatzung und die Fachausschuss- und Verwaltungsempfehlungen mit dem Stand vom 10.12.2009 auf den Tisch gelegt worden. Diese seien zusammen mit der vom Kreisausschuss in der Sitzung am 10.12.2009 empfohlenen Änderung zum Stellenplan 2010 Grundlage der heutigen Beratung.

Abg. Holsten führt aus, bis Mitte des Jahres 2009 habe sich im Haushalt des Landkreises Rotenburg (Wümme), auch wegen der vorangegangenen guten Jahre, die Wirtschaftskrise noch nicht bemerkbar gemacht. Jetzt sei die Krise mit ihren Auswirkungen aber auch im Landkreis angekommen. 2009 habe der Landkreis trotz einer Senkung der Kreisumlage noch die höchsten Einnahmen aus der Kreisumlage und allgemeinen Zuweisungen erzielt. Die Schulden hätten von 97 Millionen Euro bis auf rund 70 Millionen Euro abgebaut werden können. Die guten Jahre seien vom Landkreis zum Schuldenabbau und für hohe Investitionen genutzt worden. Dies sei antizyklisches Verhalten im klassischen Sinn. Im Jahr 2010 werde sich bei den Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen ein Minus von 6,5 Millionen Euro ergeben und die Einnahmen aus der Kreisumlage würden trotz einer vorgesehenen Erhöhung auf 52 % um 4 Millionen Euro sinken. Insgesamt würden die Einnahmen aus Kreisumlage und Zuweisungen um ca. 11 Millionen Euro auf 88 Millionen Euro zurückgehen. Die Folgen der Wirtschaftskrise würden in den Jahren 2009 bis 2012 bei den Kommunen Einnahmeausfälle in Höhe von mehreren Milliarden Euro verursachen.

Die für das Jahr 2010 veranschlagten Einnahmen des Landkreises von insgesamt ca. 212 Millionen Euro würden nicht für alle Aufgaben ausreichen. Allein für die Personalkosten müssten ca. 39 Millionen Euro aufgewendet werden. Dies bedeute keine Erhöhung gegenüber den Ausgaben in 2009 und sei durch Einsparungen in verschiedenen Bereichen erreicht worden. Den größten Ausgabeposten stelle der Sozialbereich mit ca. 140 Millionen Euro dar. Ursachen für diesen starken Anstieg gegenüber dem Vorjahresbetrag von 120 Millionen Euro seien die steigenden Kosten für die Grundsicherung, für die Eingliederungshilfe, für die Jugendhilfe insbesondere für Heimunterbringungen und die Unterbringung in Pflegefamilien. Das Defizit im Bereich Jugend und Soziales belaufe sich auf insgesamt 45 Millionen Euro. Die Gesellschaft müsse sich ernsthaft Gedanken machen, um diese Probleme in den Griff zu bekommen. Im Bereich Bildung und Kultur würden etwa 24 Millionen Euro aufgewendet. Hierzu zählten die Ausgaben für Schulen, die Schülerbeförderung, die Musikschu-

le und die Heimatpflege und sowie für den ÖPNV. Hierbei befinde man sich insgesamt auf einem sehr guten Weg, dies müsse aber auch weiter bezahlt werden können. Der Bereich Bau, Straßen, Verkehr und Umwelt umfasse 22 Millionen Euro. Davon entfalle ein Betrag von 11,5 Millionen Euro auf Abschreibungen, während hier nur 4 Millionen Euro für Investitionen vorgesehen seien. Der Landkreis könne es sich leider nicht leisten, in Höhe der Abschreibungen zu investieren. Das strukturelle Defizit betrage insgesamt 5 Millionen Euro. Eine Anhebung der Kreisumlage um 2 % halte er deshalb für angemessen. Die Überschussreserve aus den Vorjahren sei für Schuldenabbau und Investitionen verwendet worden. Ohne diese Reserve wäre ein Haushaltskonsolidierungsprogramm notwendig geworden, mit den entsprechenden Konsequenzen für die freiwilligen Leistungen. In den Ausschussberatungen sei kein Ansatz aufgrund finanzieller Erwägungen gekürzt worden. Bei der Sportförderung wurden die Ansätze zum Teil noch erhöht. Der Landkreis sei hier ein verlässlicher Partner bei der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements. Mit einer Nettoinvestition von 18 Millionen Euro werde weiter kräftig investiert, Schwerpunkt seien dabei wieder die Schulen mit 11 Millionen Euro, der Breitbandausbau mit einem über mehrere Jahre verteilten Betrag von ca. 4 Millionen Euro sowie der Ausbau der Kindertagesbetreuung und die Realisierung der Anschlussstelle Elsdorf. Dieses Vorhaben solle die ganze Region voranbringen, auch durch das dort geplante neue Gewerbegebiet. Es sei sinnvoll, hier Geld zu investieren. Leider seien nur beschränkt eigene Mittel für Investitionen vorhanden. Deswegen sei der im kommunalen Zukunftsprogramm vorgesehene weitere Schuldenabbau im kommenden Jahr nicht möglich. Stattdessen werde eine Netto-Kreditaufnahme von 16 Millionen Euro erforderlich, die Gesamtschulden würden sich damit auf ca. 85 Millionen Euro belaufen. Für das Jahr 2010 seien Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 6,4 Millionen Euro veranschlagt, wovon ca. 4,4 Millionen Euro auch kassenwirksam werden würden. Das Jahr 2011 werde eher noch schlechter als 2010 prognostiziert. Durch die Verpflichtungsermächtigungen seien dem Landkreis dann bereits weitgehend die Hände gebunden. Er hoffe, dass die buchhalterische Überschussreserve den Landkreis vor einem Konsolidierungsprogramm bewahre und der Landkreis weiter handlungsfähig bleibe. Abschließend dankt er der Verwaltung und den Ausschussmitgliedern für die geleistete Arbeit. Er bitte um Zustimmung zu der vorliegenden Haushaltssatzung.

Abg. Dreyer bezeichnet den vorliegenden Haushalt 2010 als einen Haushalt der Ernüchterung. Er spricht von einer dramatischen Absenkung der Finanzaufweisungen trotz der Wiedereinführung des Flächenfaktors. Auch die ursprünglich von der Verwaltung vorgeschlagene Erhöhung der Kreisumlage um 3 % hätte diese Einnahmeausfälle nicht auffangen können. Die Gemeinden seien dagegen überhaupt nicht in der Lage, weitere Ausfälle aufzufangen. Deshalb solle der Kreistag einen Ausgleich zwischen Kreis und Gemeinden schaffen. Die SPD im Kreistag werde den Gemeinden zur Seite stehen. Im vergangenen Jahr habe der Abg. Holsten im Zusammenhang mit dem kommunalen Zukunftsprogramm noch von einer Senkung der Kreisumlage auf 47 % gesprochen. Jetzt werde stattdessen eine Erhöhung auf 52 % vorgeschlagen, der ursprüngliche Haushaltsentwurf habe sogar 53 % Kreisumlage vorgesehen. Die Einnahmen aus der Kreisumlage seien im Jahr 2009 trotz der prozentualen Senkung um 11 Millionen Euro gestiegen. Die Bürgermeister der Gemeinden würden zu recht darauf verweisen, dass die Absenkung der Kreisumlage eine Grundlage für die Finanzierung des Ausbaus der Kindertagesbetreuung sei. Eine Anhebung von 1 % halte er für in Ordnung, mehr gehe aber nicht. Die Interessen der Gemeinden müssten weiter ernst genommen werden.

Es zeige sich, dass die Senkung der Jagdsteuer im vergangenen Jahr, obwohl die Krise schon absehbar gewesen sei, ein Fehler gewesen sei. Zu den Kosten für den Rettungsdienst merkt er an, die Mehrheitsfraktion habe das von der SPD beantragte Ergänzungsgutachten mit Kosten von 20.000 Euro seinerzeit abgelehnt. Dann habe die Bevölkerung das Heft in die Hand genommen und den Kreistag überstimmt. Er glaube nicht, dass der Landrat mit den Krankenkassen über eine Kostenbeteiligung ernsthaft genug verhandelt habe. Ursprünglich sei von 750.000 Euro Mehrkosten für die 24-Stunden Besetzung der Rettungswachen die Rede gewesen. Jetzt würden diese Kosten mit über 1 Million Euro angegeben und in die Berechnung der Kreisumlage einfließen. Dies halte er für nicht richtig. Er bezeichne dieses Verfahren als abenteuerlich, es werde im Volksmund bereits „Luttmann's Rache“ genannt.

Die Verwaltung habe sämtliche Kosten eingerechnet, z. B. auch für die neuen Rettungswachen. Dies, obwohl die Mieteinnahmen hieraus nur dem Landkreis zufließen würden, ohne eine Beteiligung der Gemeinden. Der Bürgerentscheid sei richtig gewesen, eine Anhebung der Kreisumlage um mehr als 1 % sei deswegen nicht gerechtfertigt. Er fordere den Landrat auf, eine Kostenbeteiligung der Krankenkassen einzufordern.

Die Kostensteigerung im Sozialbereich bezeichnet er als niederschmetternd. Die Schere zwischen Arm und Reich öffne sich immer mehr. Hierzu würden auch Entscheidungen der Bundesregierung z. B. durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz beitragen. Mit der Sportförderung könne der Landkreis hier nur wenig helfen. Im Bereich Kulturförderung sei die Förderung für das Theater Metronom positiv zu nennen. Er fordere die Landtagsabgeordneten aus dem Landkreis auf, sich dafür einzusetzen, dass die Landesförderung für das Theater fortgesetzt werde. Auch die Förderung für die Musikschule und den Verein cultimo bezeichnet er als positiv. Die Unterstützung der Stiftung Lager Sandbostel sei eine wichtige Aufgabe. Er hoffe, dies würden alle Kreistagsabgeordneten anerkennen. Nach Auslaufen der gemeinsamen Landesplanung Bremen-Niedersachsen habe sich der Landkreis für eine Mitgliedschaft in der Metropolregion Hamburg entschieden. Dabei sei bisher nicht allzu viel herausgekommen, obwohl der Landkreis hierfür viel Geld ausgegeben habe. Er fordere den Landrat auf, sich hier verstärkt einzusetzen. Die Zahlungen des Landkreises an die Hamburg Marketing GmbH werde die SPD nicht mittragen. Zum ÖPNV merkt er an, die VBN- und HVV-Tarife sollten endlich in Rotenburg verknüpft werden. Im Bereich des Rettungsdienstes halte er eine kreisübergreifende Planung bei der Verlegung von Rettungswachen unter Federführung des Landes für wichtig. Die Förderung der Vereine und die Investitionen bezeichnet er als gut. Auch der Ausbau der Breitbandversorgung sei wichtig. Hierzu stelle sich aber die Frage, ob der Landkreis aufgrund des Konzeptes eines Anbieters im Jahr 2010 soviel Geld aufwenden solle. Die Gemeinde Oerel sei auf einem anderen Weg bereits weiter gekommen. Auch die SPD sei für einen schnellen flächendeckenden Breitbandausbau. Es sei aber fraglich, ob die Gemeinden die finanziellen Belastungen dafür tragen könnten. Der Landrat solle deshalb erneut mit potenziellen Anbietern verhandeln.

Die Haushalte der Kommunen würden durch Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, z. B. durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, weiter belastet. Wachstum sei äußerst wichtig, aber wenn weiterhin Entscheidungen gegen die Kommunen getroffen würden, könne der Kreistag zukünftig nicht mehr handlungsfähig sein. Ein Zusammenschluss von Kommunen aus finanziellen Gründen könne damit möglicherweise forciert werden. Die SPD-Fraktion werde dem Haushalt nur mit einer Kreisumlageerhöhung von 1 % zustimmen.

Auch **Abg. Twesten** sieht die Krise im Landkreis Rotenburg (Wümme) angekommen. Die Höhe der Kreisumlage wirke sich auf die Nettokreditaufnahme des Landkreises aus. Die finanziellen Möglichkeiten des Landkreises seien mehr als eingeschränkt, es gebe kaum noch Spielraum. Bundesgesetzliche Regelungen würden die Situation noch zusätzlich verschärfen. Die Verschuldung betreffe alle kommunalen Ebenen. Deswegen habe ihre Fraktion eine Anhebung der Kreisumlage um 1,5 % vorgeschlagen. Nachdem sich dafür keine Mehrheit gefunden habe, schließe sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nunmehr dem Vorschlag der SPD-Fraktion an.

Um ein wettbewerbsfähiger Standort zu bleiben, müsse der Landkreis weiter notwendige Investitionen bei den Schulen, für Kindertagesstätten, für den ÖPNV und den Breitbandausbau tätigen. Die Notwendigkeit des Ausbaus der Breitbandversorgung werde nicht in Frage gestellt. Auch weil keine staatliche Grundversorgung sichergestellt werde, könnten sich die privaten Anbieter die wirtschaftlichsten Bereiche aussuchen und die Kommunen müssten die Wirtschaftlichkeitslücken decken. Auch die frühkindliche Bildung sei überaus wichtig. Die Ausgaben im Bereich Hilfe zur Erziehung hätten sich enorm gesteigert. Dies auch, weil in diesem Bereich eine stärkere Sensibilisierung stattgefunden habe und den Jugendämtern mehr Fälle gemeldet würden. Hier müsse in Zukunft genau hingeschaut werden. Die Förderung von Verbänden und Vereinen sei in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Auch über präventive Maßnahmen müsse nachgedacht werden. Die Förderung der Stiftung Lager Sandbostel begrüßt sie ausdrücklich. Diese werde auch in Zukunft von ihrer Fraktion unterstützt, was auch der gesamte Kreistag tun solle. Abschließend bedankt sie sich bei der Verwaltung für die Vorbereitung des Haushaltsplanes.

Auch **Abg. Steppat** bedankt sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er bezeichnet die Sportförderung und die Ausgaben im Bereich Kultur für das Theater Metronom und die Stiftung Lager Sandbostel sowie für den ÖPNV als wichtig. Auch im Bildungsbereich müsse weiter investiert werden. Die Breitbandversorgung im Landkreis müsse schnell verbessert werden, weil nach seiner Kenntnis bereits Firmen mit einem Wegzug aus dem Landkreis „drohen“ würden. Deshalb sei es wichtig, einen entsprechenden Betrag in den Haushalt einzustellen. Zum Rettungsdienst solle der Landrat erneut mit den Krankenkassen und den umliegenden Landkreisen verhandeln. Eine eigene Lösung könne sich der Landkreis nicht mehr leisten. Zur Wirtschaftskrise merkt er an, diese sei nicht vom Staat, sondern von einigen Banken verschuldet worden. Der Staat habe angemessen reagiert und versucht, die Folgen zu minimieren. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz halte er aber für falsch. Zur Kreisumlage folge die WFB-Fraktion der Argumentation der Bürgermeister für eine Erhöhung um 1 %. Die Gemeinden seien bereits genug belastet. Eine Erhöhung um 2 % werde seine Fraktion ablehnen und dann auch dem gesamten Haushalt nicht zustimmen.

Abg. Oetjen weist auf die trotz der vorgesehenen Erhöhung um 2 % um 4 Millionen Euro geringeren Einnahmen des Landkreises aus der Kreisumlage hin. Auch wegen der geringeren Schlüsselzuweisungen würden die Einnahmen insgesamt um 11 Millionen Euro sinken. Dies liege auch daran, dass das Land weniger Einnahmen habe. Ohne den Flächenfaktor im Finanzausgleich sähe die Situation für den Landkreis noch schlechter aus. Der Landkreis habe eine schwierige Situation zu meistern. Das Defizit im Sozialbereich müsse der Landkreis allein tragen. Wenn sich das strukturelle Defizit weiter ausweitere, müsse evtl. auch über Kürzungen bei den freiwilligen Leistungen, z. B. der Sportförderung oder den Vereinen, nachgedacht werden, auch wenn dies niemand wolle. Die Förderung für die Stiftung Lager Sandbostel werde begrüßt, auch wenn mit dem Personalkostenanteil ein neuer Kostenfaktor hinzukomme. Die FDP-Fraktion stehe zu dieser notwendigen Förderung. Das Theater Metronom bezeichnet er als Leuchtturm in der Kulturlandschaft im Landkreis. Obwohl die Landesförderung grundsätzlich nur einmalig gewährt werde, habe das Theater Metronom diese schon zweimal erhalten. Er werde sich für eine weitere Förderung einsetzen.

Anschließend geht er auf das umstrittene Wachstumsbeschleunigungsgesetz ein. Dessen Inhalte seien im Wesentlichen vom vormaligen SPD-Bundesfinanzminister erarbeitet worden. Lediglich die Regelungen zur Erbschaftssteuer und zur steuerlichen Entlastung der Familien seien von der jetzigen Bundesregierung eingefügt worden. Die im Haushalt 2010 vom Landkreis vorgesehenen Investitionen seien in die Zukunft gerichtet. Im Bereich Schulen sei dies genau richtig, davon würde ein wesentlicher Teil über den Schullastenausgleich auch an die Gemeinden fließen. Auch beim Breitbandausbau sei es wichtig, über den Haushalt ein Signal zu setzen. Die Beteiligung der Gemeinden verteile sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren. Die Realisierung der Anschlussstelle Elsdorf an der Autobahn 1 sei ein entscheidendes Einzelprojekt für die dortige wirtschaftliche Entwicklung. Mit dem dortigen Gewerbegebiet könnten neue Arbeitsplätze entstehen. Von der in der vorliegenden Haushaltssatzung enthaltenen Erhöhung der Kreisumlage von 2 % würde allein 1 % auf die Mehrkosten für den Rettungsdienst entfallen. Für die vom Landkreis aufzubringenden Kosten im Sozialbereich würde ein weiterer Prozentpunkt hinzukommen. Eine Erhöhung der Kreisumlage um 2 % reiche zwar nicht für einen Haushaltsausgleich aus, dies sei aber ein fairer Kompromiss um die Arbeit fortzuführen und weiterhin freiwillige Leistungen gewähren zu können.

Abg. Brunkhorst führt aus, noch bei der Beratung zum Haushalt 2009 seien die Kreistagsabgeordneten stolz darauf gewesen, dass der Schuldenberg bis zum 31.12.2009 bis auf 67,2 Millionen Euro abgebaut werden sollte. Daran habe auch die Finanzverwaltung des Landkreises großen Anteil gehabt. Er bedankt sich für die dort geleistete Arbeit bei der Vorbereitung des Haushaltsplanes 2010. In den zurückliegenden Jahren seien die Steuergelder gesprudelt. Diese guten Zeiten hätten aber auch ihre Schatten aufzuweisen. Im Vergleich zum Jahr 2009 betrage der Rückgang der Zuweisungen im Finanzausgleich 9,1 Millionen Euro. Dazu würden die Mehrausgaben im Sozialbereich ohne Gegenfinanzierung von Bund und Land mit 1,9 Millionen Euro zu Buche schlagen. Für Zins- und Tilgungsleistungen müssten in 2010 ca. 5 Millionen Euro ausgegeben und insgesamt rund 15 Millionen Euro an neuen Schulden aufgenommen werden. Der ursprüngliche Plan zum weiteren Abbau des Schuldenberges und der weiteren Entlastung der Gemeinden durch eine Reduzierung der

Kreisumlage könne nicht fortgeführt werden. Bereits im Dezember 2007 habe er im Kreistag darauf aufmerksam gemacht, dass mit der Bewilligung von 40.000 Euro für die Stiftung Lager Sandbostel ein „Fass ohne Boden aufgemacht“ werde. Im Dezember 2008 sei es dann um den Anteil des Landkreises an der Zustiftung zur Kempowski-Stiftung in Höhe von 300.000 Euro gegangen. Im Jahr 2010 sollten nun erneut 150.000 Euro für die Stiftung Lager Sandbostel ausgegeben werden, dazu solle ab 2013 noch ein Lohnkostenzuschuss von 25.000 Euro kommen. Dies sei leider Wille der politischen Mehrheit im Kreistag. Aus seiner Sicht erfreulich sei dagegen, dass die Vereine die von ihnen beantragten Förderbeträge erhalten sollen. Abschließend bitte er um Verständnis dafür, dass er als Mitglied der FDP-Kreistagsfraktion aufgrund der Förderung der Stiftung Lager Sandbostel und der Zustiftung zur Kempowski-Stiftung dem Haushalt 2010 nur eingeschränkt zustimmen werde.

Abg. Dr. Fröhlich bezeichnet sich als einen Fan der Doppik und findet es positiv, dass nunmehr konkrete Ziele im Haushaltsplan genannt würden. Die Kostensteigerung im Jugendhilfebereich gerate immer mehr ins Blickfeld. Der Anteil der Sozialtransfers im Haushalt von über 60 % sei eine nachdenkenswerte Entwicklung, zumal die Tendenz eher steigend sei. Die Ursachenanalyse hierzu sei bisher zu kurz gekommen. Die Prägung der Persönlichkeit eines Kindes erfolge bereits in den ersten Lebensjahren. Kindererziehung erfordere Zuwendung und Zeit. Der Erfolg der Erziehung liege in der Verantwortung der Eltern, nicht der Staat sei an allem Schuld. Er plädiert dafür, Eltern an deren Erfolgen bei der Kindererziehung finanziell zu beteiligen.

Abg. M. Blanken fragt, ob für die Beteiligung des Landkreises an den Baumaßnahmen bei der KGS Tarmstedt ein Ansatz in einem evtl. Nachtragshaushalt vorgesehen werde.

Landrat Luttmann antwortet, die Angelegenheit sei im Kreisausschuss am 10.12.2009 behandelt worden. Der Schulausschuss werde sich in seiner nächsten Sitzung damit befassen, es solle eine Gesamtlösung für alle Gymnasien gefunden werden.

Abg. Bargfrede führt aus, die gemeinsame Erledigung kommunaler Aufgaben durch Landkreis und Gemeinden würde in der Regel gut funktionieren, z. B. beim Ausbau der Kindertagesbetreuung oder der Breitbandversorgung. Es finde stets eine Abstimmung mit den Hauptverwaltungsbeamten statt. Es sei schade, dass dies bei der Kreisumlage nicht funktioniert habe. Der jetzt vorliegende Kompromiss mit einer Erhöhung auf 52 % scheine angemessen. Damit erhalte der Landkreis 1 % weniger als ursprünglich gefordert und die kreisangehörigen Gemeinden müssten 1 % mehr zahlen. Die SPD-Fraktion habe zu jeder Erhöhung der Kreisumlage in den vergangenen 30 Jahren Nein gesagt. Wäre der Kreistag dem gefolgt, wäre der Landkreis heute nicht mehr zahlungsfähig. Wegen der vielfältigen Leistungen des Landkreises für das gesamte Kreisgebiet sei eine angemessene Anhebung der Kreisumlage wichtig. Als Beispiel nennt er den kommunalen Anteil an der Förderung für die Stiftung Lager Sandbostel, den der Landkreis allein trage. Der Landkreis müsse handlungsfähig bleiben. Mit der vorgesehenen angemessenen Erhöhung der Kreisumlage ständen die Gemeinden immer noch besser da, als vor deren Senkung im Jahr 2009.

Nachdem **Abg. Bruns** kurz auf den Wortbeitrag des Abg. Dr. Fröhlich eingegangen ist, beantragt er eine separate Abstimmung über die Höhe der Kreisumlage und spricht sich für eine Festsetzung auf 51 % aus. Die gesamte kommunale Ebene sei von Mindereinnahmen betroffen. Dabei stelle eine Anhebung der Kreisumlage auf 51 % bereits ein Entgegenkommen dar. Wenn die Kosten für den Rettungsdienst 1 % Kreisumlageerhöhung ausmachen sollten, müsste der Landkreis dies zur Hälfte tragen. Daraus sei nur eine Erhöhung um 0,5 % gerechtfertigt. Auch der Haushalt der Samtgemeinde Fintel weise eine deutliche Zunahme der Neuverschuldung auf. Durch eine Kreisumlageerhöhung um 1 % würden die Samtgemeinde Fintel und die Mitgliedsgemeinden mit 35.000 Euro zusätzlich belastet. Hierdurch würden z. B. notwendige Mittel fehlen, um die Ergebnisse einer kürzlich erfolgten Schulinspektion umzusetzen. Er spricht sich für eine Festsetzung der Kreisumlage auf 51 % aus.

Im Hinblick auf die vom Abg. Dr. Fröhlich begrüßten Zielangaben im Haushaltsplan spricht **Abg. Sonnenwald** kurz die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben des Landkreises im Sozial- und Jugendhilfebereich an. Die vorgesehenen Aufwendungen für den Breitbandausbau bezeichnet er als keineswegs dringend. Die Förderung der Stiftung Lager Sandbostel begrüßt er dagegen.

Abg. Ringe weist zur Klarstellung darauf hin, dass die Gemeinden Träger der Hauptlast im Bereich der Kindertagesbetreuung seien.

Landrat Luttmann führt aus, die Höhe der durch den Bürgerentscheid entstehenden Mehrkosten für den Rettungsdienst habe er stets mit „750.000 Euro plus X“ beziffert. Die Berechnung der entstandenen Mehrkosten sei zutreffend. Die Bürgerinitiative habe vorgeschlagen, die Mehrkosten für den Rettungsdienst über die Kreisumlage zu finanzieren. Die Erhöhung der Kreisumlage um 1 % hätte mit der Annahme des von ihm mit den Krankenkassen ausgehandelten Kompromissvorschlages vermieden werden können. Er habe zum Haushalt 2010 Einsparvorschläge aus den Reihen der SPD- und Grünen-Fraktion vermisst. Nur der Vorschlag, 10.000 Euro bei der Zusammenarbeit mit der Hamburg Marketing GmbH einzusparen, sei zu wenig. Im übrigen sei die Mitgliedschaft in der Metropolregion Hamburg ein erheblicher Gewinn für den Landkreis. Ohne eine angemessene Erhöhung der Kreisumlage sei der Haushalt des Landkreises mit einer erheblichen Nettoneuverschuldung vermutlich nicht genehmigungsfähig. Sowohl dem Landkreis als auch den Gemeinden könne eine sparsame Haushaltsführung konstatiert werden. Er habe eine Erhöhung der Kreisumlage um 3 % bei den derzeitigen Kreis- und Gemeindefinanzen für sachgerecht gehalten. Er habe aber Verständnis dafür, wenn einige Kreistagsabgeordnete den Forderungen aus ihren Gemeinden nachgeben und nur einer Erhöhung um 2 % zustimmen würden. Ohne eine Erhöhung der Kreisumlage müssten vom Kreistag entsprechende Einsparvorschläge gemacht werden. Auch im Sinne einer generationengerechten Aufgabenfinanzierung führe an einer Erhöhung der Kreisumlage kein Weg vorbei.

Abg. Dreyer erklärt hierzu, im Finanzausschuss habe er den Vorschlag gemacht, die Förderung für den Breitbandausbau mit 1 Million Euro aus dem Haushalt 2010 zu streichen und stattdessen eine Verpflichtungsermächtigung aufzunehmen. Im übrigen liege ihm ein Schreiben des Landkreises vor, in dem die Mehrkosten für den Rettungsdienst mit 750.000 Euro genannt würden.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über eine Festsetzung der Kreisumlage auf 52 %.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen, 23 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Danach erfolgt die Abstimmung über die vorliegende Haushaltssatzung mit den Änderungsempfehlungen der Verwaltung, der Fachausschüsse und des Kreisausschusses aus der Sitzung vom 10.12.2009.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2010 mit dem Haushaltsplan 2010, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2010 bis 2013 sowie dem Stellenplan 2010 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	27
Nein-Stimmen:	23
Enthaltung:	2

Die **Abg. H. Blanken** und **Sonnenwald** verlassen die Sitzung um 12.25 Uhr.

Punkt 17 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitungen**

Punkt 17.1 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung) - Investition "Breitbandausbau"**
Vorlage: 2006-11/0850

Beschluss:

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 125.000 € im Teilhaushalt 8 (Planen, Bauen, Umwelt) – Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung); hier: Investition „Breitbandausbau“, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 17.2 der Tagesordnung: **Einzelentscheidung; hier: Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) Produkt 61.2.01 (Sonstige Finanzwirtschaft) - Gewährung eines Darlehens an den Betrieb Rettungsdienst-**
Vorlage: 2006-11/0791

Beschluss:

Der außerplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 417.000 € im Teilhaushalt 9 (Allgemeine Finanzwirtschaft) - Produkt 61.2.01 (Sonstige Finanzwirtschaft) hier: Gewährung eines Darlehens an den Betrieb Rettungsdienst, wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	49
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Punkt 17.3 der Tagesordnung: **Unterrichtung; hier: Teilhaushalt 5 - Jugend und Sport, Produkt 36.3.03; Transferaufwendungen und -auszahlungen**
Vorlage: 2006-11/0785

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Punkt 17.4 der Tagesordnung: **Unterrichtung; hier: Teilhaushalt 5 - Jugend und Sport, Produkt 36.3.03, Transferaufwendungen und -auszahlungen, Teilhaushalt 3 - Schule und Kultur, Produkt 23.1.03, Investition (Ersatz Kühlhaus)**
Vorlage: 2006-11/0848

Kreistagsvorsitzender Brünjes verweist auf die an die Abgeordneten verteilte Tischvorlage.

Der Kreistag nimmt von den eingetretenen Haushaltsüberschreitungen Kenntnis.

Die **Abg. Ehlen** und **Rudolph** verlassen die Sitzung um 12.30 Uhr.

Punkt 18 der Tagesordnung: **3. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten**
Vorlage: 2006-11/0807

Beschluss:

Die 3. Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung von Landschaftsschutzgebieten wird in der anliegenden Fassung erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	48
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 19 der Tagesordnung: **Verkauf der ehemaligen Deponieflächen in Haaßel**
Vorlage: 2006-11/0841

Beschluss:

Die ehemaligen Deponieflächen des Landkreises in Haaßel in einer Größe von ca. 10,7 ha einschließlich der Gutachten zur Geologie, Hydrogeologie und Standsicherheit dieses Geländes werden zum Preis von 321.396 € an die Firma Kriete Kaltrecycling GmbH, Seedorf verkauft.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

Abg. Brandt verlässt die Sitzung um 12.30 Uhr.

Punkt 20 der Tagesordnung: **Ernennung des stellvertretenden Kreisbrandmeisters**
Vorlage: 2006-11/0842

Abg. Bargfrede verweist auf die langjährige Tätigkeit des Herrn Hunold in diesem Ehrenamt und bittet um Zustimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Herr Dietrich Hunold wird unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter für die Dauer von weiteren sechs Jahren mit Wirkung vom 01.01.2010 zum stellvertretenden Kreisbrandmeister ernannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 21 der Tagesordnung: **Einbindung der Juleica in das Vergünstigungssystem der Ehrenamtskarte (Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 02.11.2009)**
Vorlage: 2006-11/0838

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf den an die Abgeordneten verteilten Text der Beschlussempfehlung des Kreisausschusses hin.

Abg. M. Blanken bittet um Zustimmung zur Beschlussempfehlung.

Beschluss:

Bei der Einwerbung von Vergünstigungen für die Ehrenamtskarte sowie für die Juleica soll in Zukunft grundsätzlich auch darauf hingewirkt werden, dass diese Vergünstigungen auch für die jeweils andere Zielgruppe gewährt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 22 der Tagesordnung: **Einrichtung einer IGS am Standort Bothel; Antrag der Kreistagsabgeordneten Barbara Frömming und Karl-Hans Keller (SPD) vom 17.11.2009**

Kreistagsvorsitzender Brünjes weist auf die Behandlung des Antrages entsprechend der Geschäftsordnung hin. Nach Begründung durch den Antragsteller werde der Antrag vom Kreistag an den zuständigen Fachausschuss verwiesen.

Abg. Frömming begründet den Antrag und erklärt, sie freue sich über die gemeinsame Resolution zur Schulstruktur im Landkreis. Gemeinsam mit dem Abg. Keller habe sie einen Dringlichkeitsantrag zur letzten Sitzung des Schulausschusses gestellt. Leider sei die Dringlichkeit im Schulausschuss nicht mit der erforderlichen Mehrheit festgestellt worden. An der durchgeführten Elternbefragung hätten sich 74,3 % der Eltern beteiligt, davon hätten sich 43,5 % für Gesamtschulen ausgesprochen. Um diesem Ergebnis gerecht zu werden, würde der Landkreis mindestens fünf Gesamtschulen brauchen. Die Zahlen würden hierfür absolut ausreichen. Leider gebe es im Südkreis keine Gesamtschule.

Beschluss:

Der Antrag der Kreistagsabgeordneten Barbara Frömming und Karl-Hans Keller vom 17.11.2009 zur Einrichtung einer IGS am Standort Bothel wird zur weiteren Beratung an den Schulausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	47
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 23 der Tagesordnung: Anfragen

Landrat Luttmann verweist auf die den Abgeordneten zusammen mit der Antwort der Verwaltung auf den Tisch gelegte Anfrage des Abg. Kullik.

Weiter führt **Landrat Luttmann** aus, mit Schreiben vom 14.12.2009 habe der Kreistagsabgeordnete Bruns eine Anfrage zu den Baumaßnahmen des Landkreises am Gymnasium Bremervörde gestellt. Hierzu sei zunächst anzumerken, dass der Bauausschuss über die beim Erweiterungsbau am Gymnasium Bremervörde aufgetretenen Mängel in seiner Sitzung am 04.12.2009 umfassend unterrichtet worden sei. Die Untersuchung, wer für welche Schäden zur Verantwortung zu ziehen sei, sei noch nicht abgeschlossen. Er werde sich am 21.12.2009 selbst ein Bild vor Ort machen.

Die gestellten Fragen würden im einzelnen wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1: Welche Mängel bzw. Versäumnisse sind aus Ihrer Sicht beim Anbau aufgetreten?

Antwort: Nach Ausfall einer Pumpe ist Regenwasser aus einem überlasteten RW-Schacht durch die Bodeneinläufe der Niedergänge zurückgedrückt worden, durch die Notausgangstüren in den unteren Gebäudeteil gelangt und hat den Estrich durchfeuchtet. Die Ursache wird im Fehlen von Rückstauklappen und zu hoher Regenwassereinleitung in den RW-Schacht im Zuge der provisorischen Regenwasserableitung gesehen. Zur Zeit wird der Estrich mit geräuscharmen Kondenstrocknern getrocknet. Die ordnungsgemäße Entsorgung des Regenwassers über eine Muldenversickerung in den öffentlichen Regenwasserkanal steht kurz vor der Fertigstellung.

Zu Frage 2: Wer ist verantwortlich für die mögliche Fehlplanung? Wer kann zu möglichen zusätzlichen Kosten herangezogen werden?

Antwort: Diese Fragen können zur Zeit noch nicht beantwortet werden.

Zu Frage 3: In welcher Weise und wie lange wird der Unterricht gestört sein?

Antwort: Die Trocknung im unteren Gebäudeteil wird zum Jahresende abgeschlossen. Gravierende Beeinträchtigungen des Unterrichts finden nicht mehr statt.

Abg. Twesten fragt nach dem Ergebnis des gestrigen Gesprächs von Vertretern des Landkreises bei der Landesschulbehörde zur Genehmigung für die KGS Sittensen.

Erster Kreisrat Dr. Lühring erklärt, alle notwendigen Zahlen lägen der Landesschulbehörde vor. Hinsichtlich der langfristigen Schülerprognose müsse noch nachgearbeitet werden.

Punkt 24 der Tagesordnung: **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Kreistagsvorsitzender Brünjes beendet den öffentlichen Teil der Kreistagssitzung.

Die Zuhörer und die Vertreter der Presse verlassen den Sitzungsraum.

Kreistagsvorsitzender
(außer TOP 10)

1. stellv. Kreistagsvorsitzende
(zu TOP 10)

Landrat

Protokollführer